

Mediation neu erfinden – Erste Antworten auf die sogenannte Flüchtlingskrise

Mit der sogenannten Flüchtlingskrise steht Deutschland in den Worten der Bundesregierung vor einer „nationalen Kraftanstrengung“ und Europa vor einer „historischen Bewährungsprobe“¹. Was ein Teil von Politik und Gesellschaft „Herausforderung“ nennen, bezeichnen andere als „Überforderung“ oder „Bedrohung“. In diesem Zuge entstehen ungezählte Konflikte, für deren Lösung oder Vermeidung oft keine überzeugenden Konzepte zur Hand sind.² Zu Hause und in der staatlichen Nachbarschaft sowie innerhalb der Europäischen Union brechen Gemeinsamkeiten weg, die man bereits für gesichertes Terrain gehalten hatte.³

Das Recht, bislang ein selbstverständlicher Garant des inneren und äußeren Friedens, zeigt Schwächen und wird von den politisch Verantwortlichen immer wieder schonungslos und für die Bürger ersichtlich benutzt oder übergangen.⁴ Ausnahmesituationen, wie sie die massenhafte Migration, Unterbringungs- und Verwaltungsempässe, übermenschliche Hilfs-einsätze und Akzeptanzprobleme in den Zuwanderungsgebiete mit sich bringen, scheinen ohnehin oft außerhalb der Reichweite rechtlicher Strukturen zu liegen. Selbst wenn ein Gesetz oder eine vertragliche Verpflichtung aus juristischer Sicht greifen oder ein administrativer Durchgriff etwas ausrichten könnte, erleben es Betroffene, dass unter dem Druck poli-

tischer Entscheidungen Probleme dem rechtlichen Zugriff entzogen werden.

I. Verunsicherungen und Gegensätze

Dieser Entwicklung begegnet die Bevölkerung mit einer zunehmenden Verunsicherung und Zweifeln an den gewohnten Konfliktlösungsformen.

1. Zwar bleibt die Mehrheit, wenn auch skeptisch und verlangsamt, zunächst bei ihren Routinen. In den privaten und öffentlichen Debatten rücken aber merklich Sicherheits- und Ordnungsgesichtspunkte in den Vordergrund. Selbstbestimmungsversuche laufen zunehmend nach dem Muster der Gruppenabgrenzung nach außen (Identität durch Begrenzung, Gegensatz Eigenes – Fremdes)⁵, wobei die europaweit feststellbaren Vorurteile gegenüber Immigranten mit der Höhe des sozialen Status der Befragten abnehmen und, anders als etwa in den USA, in Bevölkerungskreisen mit Migrationsgeschichte nicht weniger ausgeprägt sind als bei angestammten Personengruppen.⁶

2. Eine Minderheit erlebt die Flucht- und Zuwanderungswelle seit dem Sommer 2015 dramatischer als der Durchschnitt. Sie formuliert Überlastungs- und Fremdenängste in einer für Nuancen unempfindlichen Schwarz/Weiß-Dogmatik⁷ und verfällt nicht selten in eine emotionale, aggressive Redeweise, die auf Gruppenkonfrontation zielt.⁸ In der politischen Partizipation tendiert sie zu Protestentscheidungen; auch rechtsextreme Formationen bekommen Zulauf

1 Bundeskanzlerin *Angela Merkel* mehrfach, Bericht der Bundesregierung vom 20. Oktober 2015, www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2015/10/2015-10-15-asyl-fluechtlingspolitik.html, abgerufen am 6. April 2016; Pressekonferenz am 28. Januar 2016 in Berlin: www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2016/01/2016-01-29-bkinmp-der-laender.html, abgerufen am 6. April 2016.

2 Dazu Bundespräsident *Joachim Gauck*, Rede zum Auftakt der 40. Interkulturellen Woche am 27. September 2015 in Mainz, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/09/150927-Interkulturelle-Woche-Mainz.html, abgerufen am 6. April 2016.

3 Z. B. *Josef Isensee*, http://www.focus.de/politik/deutschland/staatsrechtler-mahnt-die-europaeische-union-ist-funktionsuntuechtig-und-ihre-regeln-sind-zerbrochen_id_5213630.html.

4 *Renate Köcher*, Allensbach, Die Flüchtlingskrise ist eine Belastungsprobe für Europa, in: *Wirtschaftswoche* v. 9. Februar 2016, www.wiwo.de/my/politik/europa/denkfabrik-die-fluechtlingskrise-ist-eine-belastungsprobe-fuer-europa/12918530.html, abgerufen 6. April 2016.

5 *Henry Tajfel/J. C. Turner*, The Social Identity Theory of Intergroup Behavior, in: S. Worchel/W. G. Austin (eds.), *Psychology of Intergroup Relations*, Chicago 1986, 2nd ed., S. 7 ff.; vgl. auch *Wilhelm Heitmeyer*, *Deutsche Zustände*, Folge 10, Frankfurt a. M., Dezember 2011.

6 *Beate Küpper/Carina Wolf/Andreas Zick*, Social Status and Anti-Immigrant Attitudes in Europe: An Examination from the Perspective of Social Dominance Theory, *IJCV*: Vol. 4 (2) 2010, pp. 205 – 219, 216.

7 *Else Frenkel-Brunswik*, Intolerance of Ambiguity as an Emotional and Perceptual. Personality Variable, in: *Journal of Personality* 18 (1) 1949, S. 108 ff.

8 Vgl. unzählige Kommentare auf der Seite <https://www.facebook.com/pegidaevdresden>, abgerufen am 6. April 2016.

oder fallen jedenfalls durch ein erhöhtes Aktivitätsniveau auf. Es werden von Einzelnen – vorgeblich Vertretern einer „Law-and-Order“-Einstellung – unter Missachtung rechtlicher und moralischer Regeln auch schwere und schwerste Straftaten begangen.⁹ Wenn auch Bewegungen wie Pegida nicht schlichtweg als rechtsextremistische Gruppierungen bezeichnet werden können, so diffundieren in diesen unübersichtlichen Gebilden augenscheinlich die Grenzen zwischen Extremismus, Radikalismus und politischer Sorgenkultur.

3. Den „Besorgten“ stehen, wie es Bundespräsident Gauck ausdrückt, die „Begeisterten“¹⁰ gegenüber, die in der Krise vor allem die Schutzsuchenden vor Augen haben. Sie werden von Empathie, moralischen oder religiösen Gründen geleitet und handeln oft ehrenamtlich oder professionell über ihre Pflicht hinaus. Ihre hilfswillige und fremdenfreundliche Einstellung stößt bei Andersdenkenden auf Ablehnung, was weitere Konflikte heraufbeschwört und es erschwert, „sich in einem konstruktiven Dialog [zu] begegnen“¹¹.

9 <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/420510/umfrage/straftaten-gegen-fluechtlingsunterkuenfte-in-deutschland/>; <https://www.tagesschau.de/inland/anschlaege-asylunterkuenfte-bka-101.html>, abgerufen am 6. April 2016; *Andreas Marneros*, Hitlers Urenkel: Rechtsradikale Gewalttäter – Erfahrungen eines wahldeutschen Gerichtsgutachters, Bern 2002.

10 Bundespräsident *Joachim Gauck*, Rede zum Auftakt der 40. Interkulturellen Woche am 27. September 2015 in Mainz, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Joachim-Gauck/Reden/2015/09/150927-Interkulturelle-Woche-Mainz.html, abgerufen am 6. April 2016.

11 Ebd. (Fn. 10).

II. Bedrohung des zivilen Umgangs

Im Herbst 2015 zeichnet sich ab, dass zu dem Schrecken, den Flucht und Terror über Europa bringen, eine weitere Gefahr droht: sichtbare Brüche im öffentlichen Verständigungszusammenhang, Risse in der rhetorischen Folie, vor der Konflikte friedlich und einvernehmlich gelöst werden könnten. Emotional besteht Dissens und Uneinigkeit herrscht über einige grundlegende Werte im verfassten Staat und in Europa. Wo das Vertrauen in rechtliche Lösungen schwindet, verblassen auch die staatliche Autorität und der präskriptive ideelle Hintergrund, vor dem die meisten sozialen Konflikte bereits vermieden oder privat beigelegt werden. Andere normative Konzepte, etwa religiös oder moralisch begründet, werden mangels allgemeiner Anerkennung nicht in Betracht gezogen, um in einer Krise weithin Konfliktvermeidung und Versöhnung ideenhaft zu tragen. Außerdem herrschen Informations- und Ressourcenmangel, was einen sorgfältigen, professionellen Umgang mit Konflikten erschwert.

III. Mediation als Chance?

Wer sich jemals mit Mediation beschäftigt hat, erkannte in dieser Lage die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten für dieses Verfahren. So erging es auch einer Gruppe Wissenschaftler an der Fernuniversität Hagen, die sich seit nahezu zwanzig Jahren unter Leitung der Verf. mit dem Thema Mediation beschäftigen. Der erste Gedanke war, Geflüchteten, Helfern oder betroffenen Anwohnern ehrenamtlich im Falle

Treffen mit „Flüchtlingsmediator“

Foto: Grünes Netz Mediation



Das Grüne Netz Mediation (GNM) organisierte im April ein Treffen in Hagen mit Herrn Zaeem Shasho, einem geflohenen syrischen Juristen aus Aleppo. Ne-

ben seiner bewegenden Fluchtgeschichte berichtete er auch Einzelheiten über sein Vermittlungsengagement während seines Aufenthalts in einer Aufnahmeeinrichtung in Baden-Württemberg. Bei diesem ertragreichen Gespräch konnten die Eckpunkte für ein Pilotprojekt zur selbstorganisierten Mediation unter Geflüchteten erörtert und die theoretischen sowie praktischen Grundlagen für dieses innovative Projekt gelegt werden.

Grünes Netz Mediation im Dialog mit „Flüchtlingsmediator“ – Bild von links: Mehmet Bartu, Wadii Serhane, Friedrich Dauner, Katharina von Schlieffen, Jan Schröder, Zaeem Shasho, Marc Hermann. (Dr. Friedrich Dauner, GNM)

von Konflikten durch mediative Unterstützung zur Seite zu stehen.

1. Die Initiative Grünes Netz Mediation – Vermitteln in der Flüchtlingskrise

Ohne Illusionen, aber mit großem Enthusiasmus entwickelten wir deshalb die Idee vom „Grünen Netz Mediation“. Voraussetzung für den großen und blitzartigen Erfolg dieser Initiative war das weitverzweigte und internationale Netzwerk der ehemaligen Hagener Mediationsstudierenden, von dem das Projekt seinen Ausgang nahm. Nach der ersten zaghaften Anfrage am 20. Oktober brach eine regelrechte Hilfsbereitschaftswelle über uns herein. Heute verfügt das Grüne Netz Mediation – Vermitteln in der Flüchtlingskrise¹² innerhalb und jenseits der deutschen Grenzen über 456 registrierte Helfer. Hauptsächlich handelt es sich um Mediatorinnen und Mediatoren, aber auch um Angehörige anderer beratender Berufe, z.B. Rechtsanwältinnen oder Coachingexperten. Hinzu kommen etliche Mediationsstudierende oder auch Personen, die sich wegen ihrer einschlägigen Kompetenzen, z. B. als Dolmetscher und Landeskundige, zur Hilfe bereit erklärt haben. Wie generell in der Mediation stand diesem beeindruckenden „Angebot“ jedoch zunächst ein „Nachfragedefizit“ gegenüber. Am Anfang ging es deshalb vor allem darum, dass man die Unterstützung dahin brachte, wo sie gebraucht wurde. Das Netz sollte selbst Vermittler sein.

a) Anlaufphase

Drei Wochen nach dem Start der Initiative trafen sich Experten und Teilnehmer aus dem ganzen Bundesgebiet zu einer Konferenz an der FernUniversität in Hagen, um über die Lage der Geflüchteten und Helfer, in den Unterbringungen und Kommunen, zu Konfliktstrukturen und Einsatzmöglichkeiten ein Bild zu gewinnen.¹³ Zugleich konstituierte sich das Grüne Netz als eine dezentrale Organisation über zunächst sechs, später fünf themengebundene Arbeitsgruppen. Zu diesen gehört als *think tank* die AG „Methoden und Interkulturelles“, die nicht minder innovative AG „Selbstorganisierte Mediation“, die den Versuch unternimmt, unter den Geflüchteten streitschlichtende Respektpersonen und aus den Heimatländern mitgebrachte Formen der Streitbeilegung ausfindig zu machen. Auf der AG „Mediation mit Bürgerbeteiligung und kommunale Partizipation“ liegt bereits

jetzt ein Großteil der praktischen Arbeitslast, aus dem Stand einsatzfähig war eine weitere Gruppe, die Helfende schult und fortbildet. Eine Schlüsselrolle kommt schließlich dem Kreis Öffentlichkeitsarbeit zu. Er soll nicht nur das Netzwerk und die Mediation im Allgemeinen bekannter machen, sondern auch durch eine eigenständige, mediative Teilnahme am öffentlichen Diskurs die Debatte versachlichen. Da der ehrenamtliche Einsatz von Personen in ihrem oftmals professionellen Umfeld und die Vermittlung von Fällen Fragen aufwarf, hat das „Grüne Netz Mediation“ alsbald in partizipativen Verfahren seine Zusammenarbeit geregelt. Da eine Finanzierung der Auslagen angestrebt wird, wurde ein Förderverein gegründet. Eine formelle Führungsspitze gibt es nicht, aber Hagen hat insofern zurzeit eine Zentralstellung inne, als es einige allgemeine Organisationsaufgaben erledigt, die aber nicht zwingend dort angesiedelt sein müssen.

b) Erste Erfolge¹⁴

Bald nach der Veranstaltung im November verzeichnete das Grüne Netz Mediation die ersten Vermittlungserfolge. Ein Konflikt unter ehrenamtlichen und hauptamtlichen Helfern wurde beigelegt, die Maßnahmen einer ganzen Gemeinde durch die Moderation eines Netzwerkmitglieds koordiniert.¹⁵ Die Ansiedlung von Flüchtlingen in einer großen Wohnanlage wird derzeit – rein präventiv – mit den Mietern der Anlage besprochen. In Leipzig sollen Helfer unter Anleitung zweier GNM-Referenten „Deutsch als Fremdsprache“, Supervisionstechniken und Umgang mit interkulturellen Unterschieden lehren lernen sowie Hilfen zum Umgang mit traumatisierten Flüchtlingen erhalten. Ein weiteres Projekt befasst sich mit der Entwicklung eines Konfliktmanagementsystems zum Erkennen potenzieller Konfliktfelder und zur Prävention von möglichen Konflikten in Aufnahmeeinrichtungen.

Inspiziert vom Grundprinzip der, auch im Nahen Osten engagierten, US-amerikanischen NGO *Cure Violence*, mit der wir in einem freundlichen Austausch stehen, verbinden wir bewährte Strategien des Konfliktmanagements mit unseren Erfahrungen zu einem neuen, speziell auf die gegenwärtig bestehenden Herausforderungen zugeschnittenen Versuch „selbstorganisierter Mediation“. Ziel ist es, Mediatorenpersönlichkeiten unter den Geflüchteten, also Personen, die

¹² www.gruenes-netz-mediation.de, erreichbar unter Tel 02331/987-2878 und info@gruenes-netz-mediation.de.

¹³ Zu den Resultaten: www.gruenes-netz-mediation.de/viele-machen-mit/arbeitsergebnisse-round-table, abgerufen am 6. April 2016.

¹⁴ Dieser Abschnitt (III. 1. b) beruht auf einer Darstellung von *Levis A. Johnston* und *Marc N. Hermann*. Quelle ZKM 3/2016.

¹⁵ Dazu: www.gruenes-netz-mediation.de/werkzeugkasten/erfahrungen, 6. April 2016.

aufgrund ihrer Ausbildung oder ihres Alters bei den Stakeholdern besonders anerkannt sind, ausfindig zu machen und diese nach kurzer Schulung mit der Thematisierung schwelender Konflikte sowie sonstiger Sorgen und Anliegen der Geflüchteten zu betrauen. Sozialarbeiter oder externe Mediatoren können hierbei den Prozess steuern und begleiten und Kenntnis von Konflikten erlangen. Zur Steigerung der Akzeptanz sollen auch Konfliktlösungsverfahren der Levante herangezogen werden. Im Idealfall ergibt sich die Chance zu einem Brückenschlag zwischen kulturell verschiedenen Konfliktlösungspraktiken unter Berücksichtigung deutscher Mediationsstandards. Für die Praxis ist ein Pilotprojekt in Baden-Württemberg in Planung, das von einem geflohenen syrischen Juristen mit Moderationserfahrung begleitet werden soll.¹⁶

c) Theoretische Erträge

Alle Mitglieder des Netzwerks wagen sich mit ihrer Arbeit in Neuland. Deshalb befanden sich Mediationsanfänger, die sich trotz ihrer geringen Erfahrungen wie die Berufssenioren engagieren wollten, mit ihrem Respekt vor dem ersten Fall außerhalb eines schulmäßigen Settings in guter Gesellschaft. Wer wollte, konnte jedoch über das Grüne Netzwerk durch fachlichen Austausch und intensive Zusammenarbeit den Sprung ins Wasser wagen. Zudem wurden zügig Konzepte der regionalen Zusammenarbeit und Ansprechbarkeit entwickelt, die Transparenz aller Kompetenzprofile angestrebt (was in der Umsetzung noch Schwierigkeiten bereitet) und, (dies mit Erfolg) eine Dokumentationspflicht eingeführt, sodass der Lerneffekt allen zunutze kommt.

Als besonders gewinnbringend stellen sich die Erörterungen heraus, in denen die jeweils interessierten Mitglieder des Netzwerks und Vertreter der Wissenschaft ihre Verfahren und Herangehensweisen theoretisch zu fassen versuchen. In diesem Rahmen wird etwa das von *Marc N. Hermann* angestoßene Projekt im Rahmen der AG „Selbstorganisierte Mediation“ um mediierende Geflüchtete und die Berücksichtigung der tradierten Konfliktlösungsformen der Levante in die anderen Arbeitsgruppen hineingetragen und gibt vielfältige methodische Anregungen. Wenn es auch verfrüht wäre, von sicheren Ergebnissen dieser Reflexionen zu sprechen, so deuten sich doch bereits einige Einsichten an.

(1) Flexibilität. Mediation, die man als Konfliktprävention oder Konfliktbeilegung letztlich im Zeichen des inneren Friedens anstrebt, verlangt hochsituative, fle-

xible Leistungen, bei denen dem Verfahren und den inhaltlichen Regeln eine deutlich dienende Funktion zukommt.

(2) Mediationsverfahren erfinden. Das schulmäßige Mediationsverfahren, wie es gelernt und abgeprüft wird, ist in der anstehenden Ausnahmelage selten angebracht. Seine Bedeutung hat es vor allem als eine Art Blaupause, eine Grundidee, aus der im Einzelfall das jeweils angemessene Mediationsverfahren neu zu „erfinden“ ist.

(3) Lehrsätze auf dem Prüfstand. Dies bedeutet, dass einzelne Sätze der Mediationslehre im hier vorliegenden Anwendungsbereich zur Diskussion gestellt werden könnten oder auch sollten. Damit wird keinesfalls einem Freistil oder der Willkür das Wort geredet, sondern einer reflektierten Auseinandersetzung in Referenz zu den für den Normalfall erarbeiteten Prinzipien und Grundsätzen.

(4) Ergebnisoffenheit? So ist etwa das Dogma der Ergebnisoffenheit in einem Punkt infrage zu stellen: ob in einer Mediation nicht unter Umständen einem versöhnlichen, befriedenden Ende der Vorzug gegeben werden sollte.

(5) Neutralität. Hingegen sind Unabhängigkeit und Neutralität im Sinne des MediationsG strikt zu beachten. Mediation in der Flüchtlingskrise kann nur dann ihre Aufgabe erfüllen, wenn Mediatorinnen und Mediatoren von allen Konfliktbeteiligten – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer politischen Einstellung, ihrem Sozialverhalten und ihren Meinungsäußerungen – respektiert und anerkannt werden.

(6) Verfahrensautorität. Je weniger sich eine Konfliktbeilegung über Regeln (Verfahren, lehrsatzmäßige Prinzipien) organisieren lässt, desto mehr kommt es auf die beteiligten Menschen an. Menschen, auch Mediatorinnen und Mediatoren, sind bekanntlich keine Spielfiguren in einem rationalen *Win Win*-Wettstreit. Deshalb entscheiden auch Faktoren über den Erfolg einer Vermittlung, die wir als nicht-rational bezeichnen würden. Einige werden in der Mediationslandschaft akzeptiert (z. B. die konfliktbezüglichen „Emotionen“ der Beteiligten oder der „angenehme Besprechungsraum“), über andere wird selten oder gar nicht gesprochen, z. B. unter welchen Voraussetzungen der neutrale Dritte persönlich akzeptiert und ihm Verfahrensautorität zugebilligt wird. Diese Frage, die sich in einem durchprofessionalisierten Kontext nicht in dieser Härte stellen würde, ist nicht

¹⁶ Vgl. Kasten auf S. 16.

nur für die Resultate der Krisenmediation insgesamt, sondern auch für die Selbstreflexion und Supervision der im Netzwerk Engagierten von großer Bedeutung.

(7) **MeSuCo**. Weitere Beobachtungen haben zu dem Schluss geführt, dass die Vermittlung in Ausnahmesituationen, etwa zwischen Gruppen von ehrenamtlich Helfenden oder unter Beteiligung von Geflüchteten, oft nicht nur eine flexible Handhabung des Mediationskonzepts, sondern eine spezifische Mischung verschiedener Methoden erfordert. Als tragende Elemente erscheinen neben der Mediation die Supervision und Formen des Coachings, sodass wir dieses Vorgehen „MeSuCo“ genannt haben.

4. Probleme

Das „Grüne Netz Mediation – Vermitteln in der Flüchtlingskrise“ kann bereits jetzt angesichts der geleisteten Arbeit und des begeisterten Einsatzes, allen voran der Organisatoren der Arbeitsgruppen, als ein gelungenes Projekt bezeichnet werden; dennoch steht es vor einigen Problemen.

Die hauptsächliche Schwierigkeit liegt darin, dass die potenziellen „Großlieferanten“ von Vermittlungsfällen, die Kommunen, auf die zahlreichen Angebote des Netzwerks nicht reagieren. Trotz der Tatsache, dass wir bereits früh an Stadtverwaltungen, Landräte, Oberbürgermeister, Regierungspräsidenten und Migrationsbeauftragte der Bundesländer Informationen herangetragen haben, und auch trotz der Bemühungen unserer AG für Öffentlichkeitsarbeit ist die Nachfrage nach Hilfe in Konfliktfällen enttäuschend. Unsere Gespräche mit Bürgermeistern und anderen Verantwortlichen, die natürlich alle einen hohen Bedarf an Konfliktprävention oder akuter Streitbeilegung einräumen, lassen darauf schließen, dass es nicht allein an der „Überarbeitung“ der Zuständigen oder der mangelnden Bekanntheit der Mediation oder des Grünen Netzes liegt. Vielmehr lassen alle die Hoffnung erkennen, dass man unauffällig, ohne öffentliche Foren und mediale Aufmerksamkeit, mit „Bordmitteln“ ohne externe Hilfe, „irgendwie“ durch die Krise kommt. Mediation ist durchaus bekannt, allein es fehlt das Vertrauen in das Verfahren. Die Praktiker glauben nicht an die Versprechungen der Lehre vom allseitigen Nutzen eines konsensualen Diskurses, sondern befürchten, dass in ihrer Gemeinde nach etlichem Aufwand mehr Unruhe herrscht als zuvor.

Hier sucht das Grüne Netz im Sinne des realistischen Kurses der Mediation an der Fernuniversität Hagen nach Lösungen. Ziel sollte es sein, durch ein pragma-

tisches Mediationsverständnis und die Vermittlung positiver Erfahrungen Vertrauen zu gewinnen. Bis dahin konzentriert sich der Einsatz des Netzwerks auf Konflikte in der Sphäre der Helfenden und Geflüchteten, auf Fort- und Weiterbildung sowie Vorträge im In- und Ausland, was einem ebenfalls wichtigen Anliegen genüge tut: der Aufklärung.

IV. Aussicht

Das Grüne Netz Mediation ist nur eine von vielen Bemühungen, unter den besonderen Anforderungen der sog. Flüchtlingskrise gangbare Wege für friedliche und einvernehmliche Formen der Konfliktbeilegung zu finden. Als Sammelbezeichnung für diese Anstrengungen etabliert sich der Begriff Mediation. Unter dieser Bezeichnung wird inzwischen nicht nur das Mediationsverfahren im engeren Sinne verstanden, sondern auch die vielfältigen Bemühungen zusammengefasst, mit professioneller Unterstützung gemeinsame Angelegenheiten gemeinsam zu überdenken und einverständlich zu regulieren, um Konflikte zu vermeiden oder zu bewältigen.

Auch in Zuständen, die man als konfliktträchtige, vielleicht sogar gefährliche oder chaotische Ausnahmelage erlebt, können so – bei jedem einzelnen Streitbeteiligten beginnend – regelhafte Beziehungen errichtet werden, die in der Zukunft Anknüpfungspunkte für größere und allgemeinere und schließlich auch wieder rechtsförmige Strukturen bieten. Mediation könnte eine Art Schleusenfunktion übernehmen. Gleichzeitig bietet sich auf diese Weise die Chance, in einer angespannten Ausnahmelage politischen Extremen entgegenzuarbeiten: sowohl einer verabsolutierenden Verklärung als auch einer resignativen oder auch zynischen Abwendung von Recht und Ordnung. Mediation könnte sich einmal mehr als sinnvolle Ergänzung des Rechts in einer Art Schleusenfunktion – und nicht als Gegenspieler! – erweisen.



Katharina Gräfin von Schlieffen ist Inhaberin des Lehrstuhls für Öffentliches Recht, juristische Rhetorik und Rechtsphilosophie. Daneben ist sie Direktorin des Forschungsinstituts für rechtliches Informationsmanagement (FIRM GmbH), Direktorin des Contarini-Instituts für Mediation und Mitglied der

wissenschaftlichen Leitung der Hagen Law School.